

Anforderungen an eine gerechte und nachhaltige Klimapolitik

2009



VENRO-Positionspapier 5/2009
zu den Folgen des Klimawandels aus entwicklungspolitischer Sicht

Inhalt

Vorwort	3
Der Klimawandel und seine sozialen Folgen	4
Die Bedeutung des Klimawandels für die Entwicklungszusammenarbeit	6
Finanzierung von Anpassung und Emissionsvermeidung	8
Positionen zur internationalen Klimafinanzierung	10
Zusammenfassung	11
Weiterführende Literatur	12
VENRO-Mitglieder	14
Impressum	15

Die Folgen des Klimawandels spielen für viele VENRO-Mitgliedsorganisationen und ihre Partner vor Ort eine zunehmende Rolle. Klimabedingte Naturkatastrophen, wie Dürren, Überschwemmungen und Stürme gehören bereits heute zu den stärksten Einflussfaktoren für Armut und Ungleichheit. Viele der VENRO Mitgliedsorganisationen engagieren sich darum in Klimabündnissen, wie der „Klima-Allianz“ oder in der „Klimaplattform der Kirchen, Entwicklungsdienste und Missionswerke“ sowie auf internationaler Ebene über Netzwerke wie das Climate Action Network (CAN), CIDSE, Caritas Internationalis oder APRODEV für eine gerechte Klimaschutzpolitik. Gleichzeitig leisten viele Mitglieder eigene Beiträge zum Klimaschutz, zum Beispiel durch klimaschonende Energiesparmaßnahmen, Ressourcenschonung sowie durch die Nutzung ökologisch nachhaltiger und fair gehandelter Produkte. VENRO möchte mit diesem Positionspapier einen Beitrag dazu leisten, die entwicklungspolitische Dimension der Klimadebatte in Deutschland zu stärken.



Bonn, Mai 2009

Der Klimawandel und seine sozialen Folgen

Der Klimawandel hat bereits eingesetzt

Der aktuelle Bericht des Weltklimarates lässt keinen Zweifel daran, dass die globale Erwärmung von uns Menschen verursacht ist. Bereits heute liegt sie schon fast 1 Grad Celsius über dem vorindustriellen Niveau. Ohne umfangreichen Klimaschutz ist eine Erwärmung von 4 oder mehr Grad in diesem Jahrhundert zunehmend wahrscheinlich. Als Folge werden extreme Wetterereignisse wie Trockenheit, Hitzewellen sowie Starkregenfälle und Hochwasser häufiger auftreten, vor allem in den subtropischen und tropischen Zonen. 30 der 50 größten Städte liegen am Meer, knapp zwei Drittel der Menschheit leben nur 100 Kilometer von der Küste entfernt und sind von dem erwarteten Anstieg des Meeresspiegels bedroht. Selbst bei einem relativ wahrscheinlichen, aber noch moderaten Anstieg des Meeresspiegels um 40 cm, werden im Jahr 2080 jährlich bis zu 200 Millionen Menschen von den steigenden Fluten betroffen sein. Verteilungskonflikte um Böden, Wasser und Nahrung werden sich verschärfen und die Wahrscheinlichkeit klimabedingter Konflikte innerhalb von und zwischen Staaten wird wachsen. Insbesondere in küstennahen, aber auch in weiteren Gebieten, ist zusätzliches Konfliktpotenzial im Zusammenhang mit klimabedingter Migration zu erwarten. Im Sinne der Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung und zum Schutz der Bevölkerung vor klimabedingten extremen Wetterereignissen ist die Integration einer effizienten Katastrophenvorsorge in entwicklungspolitische Strategien erforderlich.

Die Ärmsten sind am stärksten betroffen

Die bitteren Auswirkungen des Klimawandels sind bereits zu spüren. Die zunehmende Anzahl tropischer Stürme und Dürren in Ostafrika, die heftigen Überflutungen in Bangladesch und instabilen Monsunregen in Indien verstärken Hunger und Armut. Sie stellen gerade die Menschen in den Ländern des Südens vor immense Herausforderungen. Betroffen sind vor allem arme Bevölkerungsgruppen, die am wenigsten Verantwortung für die globale Erwärmung tragen. Ein Instrument zur Senkung der Anfälligkeit gegenüber extremen Wetterereignissen könnte die Katastrophenvorsorge sein. Es ist davon auszugehen, dass sich die Lebensbedingungen der Ärmsten in den Entwicklungsländern – häufig sind es Frauen und Kinder – weiter verschlechtern werden. Die jahrzehntelange Arbeit der Entwicklungsorganisationen und Kirchen im Bereich Armutsbekämpfung und glo-

baler Gerechtigkeit wird zunichte gemacht – die Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele rückt in weite Ferne. Um diesen Entwicklungen entgegen zu wirken und die negativen Auswirkungen des Klimawandels zu vermindern, ist eine Integration von Vorsorgemaßnahmen, Risikosensibilisierung und Anpassungsmaßnahmen erforderlich.

Klimawandel ist ein Menschenrechtsthema

Beim Klimaschutz wie auch bei der Armutsbekämpfung geht es um die gerechte Teilhabe aller Menschen an den natürlichen Lebensgrundlagen unserer Welt, vor allem der armen Menschen in den Ländern des Südens. Es geht aber auch um eine menschenwürdige Zukunft und die Erhaltung der auf der Erde zur Verfügung stehenden Ressourcen, die auch zukünftigen Generationen nicht vorenthalten werden dürfen – es geht um intra- und intergenerative Gerechtigkeit.

Der Klimawandel ist damit ein zentrales Menschenrechtsthema, wie auch der UN-Menschenrechtsrat betont. Im März 2008 wurde die Resolution „Human Rights and Climate Change“ verabschiedet, in der auf die Folgen der Erderwärmung gerade für die Bevölkerung armer Länder hingewiesen wird. Klimaschutz und Armutsbekämpfung gehören zusammen – es sind sich wechselseitig bedingende Ziele einer nachhaltigen Entwicklung, wie es schon die UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio forderte.

Hauptverantwortung tragen Länder des Nordens

Nach Berechnungen des Weltklimarates (IPCC) müssen die globalen Treibhausgasemissionen bis 2050 um die Hälfte reduziert werden, wenn eine gefährliche Erwärmung um über 2 Grad Celsius verhindert werden soll. Hauptverantwortlich für die menschengemachten Klimaänderungen und damit auch für die dramatischen Folgen in den Entwicklungsländern sind die Industrieländer. Daher müssen sie beim Klimaschutz eine Führungsrolle übernehmen. Der IPCC gibt an, dass die Industriestaaten ihre Treibhausgasemissionen bis 2020 um 25 bis 40 Prozent (ausgehend vom Niveau von 1990) verringern müssen, um einen ausreichenden Beitrag zu leisten, die globale Erwärmung auf 2-2,4 Grad Celsius zu begrenzen. Angesichts neuerer wissenschaftlicher Erkenntnisse ist hier das obere Ende der Skala notwendig. Bis zum Jahr 2050 müssen die Emissionen nach IPCC-Szenarien sogar um 80 bis 95 Prozent reduziert werden.



Die Industrienationen müssen die Entwicklungsländer dabei unterstützen, frühzeitig auf einen emissionsarmen Entwicklungsweg zu setzen. Gleichzeitig müssen sie die Entwicklungsländer bei der Anpassung an den Klimawandel fördern und sich dafür einsetzen, dass die Ärmsten der Armen vor den Folgen des Klimawandels weitgehend geschützt werden.

Schwellenländer in der Pflicht

Sich schnell entwickelnde Schwellenländer wie China oder Indien tragen einen immer größer werdenden Anteil zu den weltweiten Emissionen bei. Daher müssen auch diese Schwellenländer im globalen Interesse verstärkt Klimaschutz leisten. Hierdurch darf jedoch nicht das Recht auf Entwicklung der armen Bevölkerungsteile dieser Länder gefährdet werden. Denn auch in Schwellenländern leben große Bevölkerungsteile in absoluter Armut. Andererseits können besonders die Armen von einer nachhaltigen Entwicklung in ihren Ländern profitieren.

Armut in den Entwicklungsländern führt häufig zu Umweltzerstörung. Diese wiederum verschärft die Armut. Um dieser ökologischen Armutsfalle zu entkommen, muss das Handlungsvermögen der armen Länder und Regionen, vor allem aber der Armen vor Ort gestärkt werden. Armut und schlechte Regierungsführung verschärften die Anfälligkeit gegenüber den Folgen des Klimawandels. Daher müssen die Regierungen im Süden die Voraussetzungen für einen verbesserten Zugang der Armen zu Einrichtungen der Grundversorgung, aber auch für eine verstärkte politische Teilhabe und Beteiligung an Produktions- und Marktprozessen in ihren Ländern schaffen.

Es müssen politische, rechtliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, die das Potenzial und die Eigeninitiative von der Basis an fördern und stärken. Lokale Gemeinschaften und indigene Völker müssen bei eigenständiger Anpassung gezielt unterstützt werden.

Während die Regierungen reicher Länder in großem Stil in Systeme zur Anpassung an den Klimawandel inves-

tieren, werden die Menschen in den armen Ländern hierbei häufig sich selbst überlassen. Staatliche Anpassungsmaßnahmen müssen auch von den Ländern des Südens geplant und umgesetzt werden und müssen in umfassende Strategien zur Minderung der Armut und extremer Ungleichheiten integriert werden. Hierunter fallen auch die nationalen Anpassungsprogramme (NAPAs). Die Beteiligung aller betroffenen Bevölkerungsgruppen in diesen Prozessen muss gewährleistet werden.

Eine globale Partnerschaft für Klima- und Energiepolitik erforderlich

Für einen erfolgreichen Klimaschutz, beziehungsweise eine erfolgreiche Armutsbekämpfung muss eine globale Klima- und Energiepolitik entwickelt werden, die die nationalen und internationalen Bemühungen zur Überwindung von Armut und Unterentwicklung unterstützt. Im Sinne einer globalen Partnerschaft für Klimaschutz muss dabei das Grundprinzip einer gemeinsamen aber differenzierten Verantwortung und Handlungsfähigkeit der Staaten gelten. Die Länder des Nordens müssen beim Klimaschutz die Führungsrolle übernehmen. Die Anpassung an den Klimawandel muss in den Mittelpunkt internationaler Partnerschaft gestellt werden.

Die Länder des Südens müssen in den politischen Entscheidungsprozessen für die Weiterentwicklung der UN-Klimarahmenkonvention, aber auch in anderen politischen Prozessen, in denen Weichen für das Weltklima gestellt werden, gleichberechtigt beteiligt werden. Hierzu gehört beispielsweise die Einflussnahme auf nationale und internationale Finanzinstitutionen (Kreditanstalt für Wiederaufbau, Weltbank, Internationaler Währungsfonds) und deren Förder- und Anreizpolitik. Die deutsche und europäische Entwicklungs-, Außen- und Handelspolitik muss konsequent ausgerichtet werden auf das gemeinsame Ziel einer wirksamen nachhaltigen Armutsbekämpfung und deren Verzahnung mit dem Klimaschutz. In internationalen Gremien muss der Zusammenhang zwischen Klimawandel und Menschenrechten stärker in den Fokus gerückt werden.

Die Bedeutung des Klimawandels für die Entwicklungszusammenarbeit

Da vor allem die Ärmsten der Armen von den Folgen des Klimawandels betroffen sind, setzt sich VENRO dafür ein, dass die Anpassungs- und Klimaschutzmaßnahmen mit den Menschen vor Ort entwickelt und umgesetzt werden. Dabei muss das Rad nicht immer neu erfunden werden. So müssen etwa die Friedensförderung, das Ressourcen- und Katastrophenmanagement die nachhaltige Ernährungssicherung an den Klimawandel angepasst und ausgebaut werden. Die VENRO-Mitgliedsorganisationen haben in allen Bereichen der Entwicklungszusammenarbeit wertvolle Erfahrungen sammeln können. Gerade in Zeiten des Klimawandels sollten diese Ansätze weiter verbreitet, an neue Verhältnisse angepasst und weiter entwickelt werden.

Ernährungssicherung im Klimawandel

Der Klimawandel verschlechtert die Ertragslage der Landwirtschaft in vielen Entwicklungsländern, vor allem in den Tropen und Subtropen. Die seit Jahren vernachlässigte Agrarforschung muss dabei unterstützt werden, dürreresistente Sorten für Kleinbauern in den Ländern des Südens zu züchten. Nur so kann den zu erwartenden Hungerkatastrophen entgegengewirkt werden. Die Landwirtschaft leidet aber nicht nur unter den Folgen des Klimawandels, sondern sie zählt auch zu den Verursachern, Beispiele hierfür sind die Methan-Emissionen in der Viehzucht, der künstliche Stickstoffeintrag durch Düngemittel sowie die weitläufigen Entwaldungen, um landwirtschaftlich nutzbare Flächen oder Holz zu gewinnen. Die konsequente Förderung einer nachhaltigen, (klein)bäuerlichen Landwirtschaft ist hingegen praktizierter Klimaschutz. Denn sie leistet einen wichtigen Beitrag zur Ernährungssicherung und hilft maßgeblich bei der Verwirklichung des Menschenrechts auf Nahrung, vor allem den armen Bevölkerungsgruppen in den ländlichen Gebieten.

Die Erfahrungen von VENRO-Mitgliedsorganisationen zeigen zudem, dass die diversifizierte, standortgerechte Landwirtschaft gegenüber klimatischen Risiken weniger anfällig ist. Die Weiterentwicklung lokal angepasster Sorten, Erosionsschutz, agro-forstwirtschaftlicher Komponenten, effiziente Bewässerungsmethoden und die Förderung des Erfahrungsaustausches zwischen Bauern sind bewährte Elemente ländlicher Entwicklungsstrategien. Diese müssen nun aber um Klimafolgenabschätzungen, Risikoanalysen, agrarklimatische Beratung und viele weitere Maßnahmen ergänzt werden, damit die Anpassungsfähigkeit der Klein-

bäuerinnen- und -bauern an den Klimawandel gezielt unterstützt werden kann. Der Schutz lokaler Märkte, Transparenz über Entwicklungen auf internationalen Märkten und Wissenstransfer sind wichtige Elemente.

Technologiekooperation und Reform des Patentrechts

Wenn die Länder des Südens ihre Emissionen vermindern, aber gleichzeitig ihre wirtschaftliche Entwicklung vorantreiben wollen, sind sie auf den Zugang zu klimafreundlichen Technologien zu erschwinglichen Preisen angewiesen. Aus entwicklungs- und klimapolitischer Sicht ist es daher dringend erforderlich, Wege für eine Beschleunigung der Verbreitung von klimafreundlichen Technologien zu finden. Technologietransfers und -kooperationen müssen dies unterstützen.

Im Bali-Aktionsplan (Dezember 2007) wurde vereinbart, dass die Industrieländer die Entwicklungsländer bei ihren Anstrengungen zur Treibhausgasreduktion durch Technologietransfer unterstützen sollen. Wenn Patente auf klimarelevante Technologien diesen Transfer erschweren, ist eine Lockerung des Patentrechts notwendig, um armen Ländern den Zugang zu wichtigen Technologien zu ermöglichen. Marktöffnung und Vorzugsregelungen für den Handel mit klimafreundlichen Gütern und Dienstleistungen sind nicht ausreichend, da dabei nur ein geringer Technologietransfer in Entwicklungs- und Schwellenländer stattfindet.

Erforderlich sind vielmehr Lösungen, die den Klimaschutz und damit das Allgemeinwohl über das Profitinteresse und unflexible patentrechtliche Regulierungen stellen. Damit das derzeitige Patentsystem nicht zu einem Flaschenhals bei der Umsetzung von Innovationen wird, sollte ein fast track system für klimarelevante Innovationen eingeführt werden. Patentierte Innovationen sollten auf zentrale Technologiekomponenten beschränkt bleiben, um die Forschung nach anderen Lösungen oder Verbesserung der bestehenden nicht einzuschränken.

Ein schnell umsetzbarer Ansatz wäre die Freigabe von Innovationen, die mit öffentlichen Mitteln entwickelt wurden. Angesichts der sich zuspitzenden Klimaproblematik sollten klimarelevante Forschungsergebnisse, die mit öffentlichen Mitteln (teil-)finanziert wurden, grundsätzlich der Allgemeinheit in Wissensbibliotheken zur Verfügung gestellt werden.

Eine weitere grundlegende Herausforderung besteht darin, dass Technologien und technische Verfahren aus ent-

wickelten Volkswirtschaften nicht einfach nur transferiert, sondern vielmehr auch den jeweiligen Gegebenheiten vor Ort angepasst werden müssen. Dies gilt insbesondere für die ärmsten und am stärksten vom Klimawandel betroffenen Länder. Es sollten daher zusätzliche Mittel für die Erforschung, Entwicklung und Verbreitung von angepassten Technologien bereitgestellt werden.

Förderung Erneuerbarer Energien

Dabei darf nicht vergessen werden, dass nach wie vor 1,6 Milliarden Menschen ohne Zugang zu Strom und elektrischem Licht sind. 2,5 Milliarden Menschen sind zum Kochen beziehungsweise Heizen auf Brennholz oder Holzkohle angewiesen. Dies geht einher mit der Übernutzung lokaler Ökosysteme, immer länger werdenden Märschen, um Feuerholz zu beschaffen sowie starker Luftverschmutzung in den Hütten durch die offenen Feuer. Hiervon sind Frauen und Kinder besonders betroffen.

Die Förderung regenerativer Energien soll sich also auch am Bedarf der Armutgruppen orientieren und als integratives Element der Armutsbekämpfung verstanden werden. Zu dem sollen lokale Energiequellen nachhaltig eingesetzt werden und nicht vorrangig auf deutsche Exportinteressen ausgerichtet sein. Hier sollte die Bundesregierung aktiver wegweisende Pilotprojekte unterstützen. Angepasste Energieentwicklung beinhaltet daher auch die Aus- und Fortbildung lokaler Fachkräfte für erneuerbare Energien sowie die Förderung des betriebswirtschaftlichen Managements von Versorgungseinrichtungen.

Gleichzeitig ist der konsequente Ausstieg aus der Förderung nicht nachhaltiger Energieprojekte etwa in den Bereichen Kohle, Erdöl und Atomkraft erforderlich, wie dies auch der Abschlussbericht „Extractive Industries Review“ der Weltbank empfiehlt. Dies umfasst Exportkreditbürgschaften, Kredite öffentlicher und privater Banken sowie Projekte der bi- und multilateralen Entwicklungszusammenarbeit.





Finanzierung von Anpassung und Emissionsvermeidung

Die Auswirkungen selbst eines schon gebremsten Temperaturanstieges stellen für die Entwicklungsländer eine zusätzliche Gesamtbelastung in vermutlich zweistelliger Milliardenhöhe pro Jahr dar. Ähnlich hoch dürften die Zusatzkosten für notwendige Investitionen in Klimaschutzmaßnahmen in Entwicklungsländern sein.

Anpassungsstrategien entwickeln

Die Anpassung an die negativen Auswirkungen des Klimawandels wird mit beschleunigtem Fortschreiten des Klimawandels immer mehr zur entwicklungspolitischen Notwendigkeit. Dies gilt ganz besonders für die Gruppe der ärmsten Entwicklungsländer, die Least Developed Countries (LDC), und die kleinen Inselstaaten, die aufgrund klimatischer Gegebenheiten und der weitverbreiteten Armut besonders verletzlich gegenüber den Folgen des Klimawandels sind. Wichtige Elemente von Anpassungsstrategien für Länder, aber auch einzelne Regionen oder Bevölkerungsgruppen können beispielsweise die Nutzung von Langzeit-

wettervorhersagen, Frühwarnsystemen, Saatgutspeichern oder Flutschutzgebäuden sein. Je nach Klimarisiko und Betrachtungsebene gibt es eine Vielzahl sinnvoller politischer, institutioneller und technischer Ansätze. Gerade für die Ärmsten fehlt es bisher weitestgehend an Versicherungssystemen zum Schutz gegen die finanziellen Folgen von Extremereignissen. Hier könnten auch öffentlich-private Versicherungssysteme nützlich sein. Es fehlt aber auch an Ressourcen für die Umsetzung konkreter Anpassungsprogramme und –maßnahmen.

Die Klimapolitik muss ihre Ambition an dem Ziel ausrichten, den Temperaturanstieg im globalen Durchschnitt auf deutlich unter 2 Grad Celsius zu begrenzen. Daraus folgen konkrete Minderungsziele für den globalen Ausstoß von Treibhausgasen, die durch verbindliche Reduktionsziele der Industrieländer erreicht werden müssen. Des Weiteren sind verbindliche Verpflichtungen für die Finanzierung der zusätzlichen Kosten einer klimafreundlichen Entwicklung in den Entwicklungs- und Schwellenländern erforderlich, die diese durch eigene Maßnahmen ergänzen



sollen. Ein leitendes Ziel muss es sein, bis zur Mitte des Jahrhunderts in den heutigen Industrieländern ein neues Wohlstandsmodell zu entwickeln, das auf der hundertprozentigen Deckung des Energiebedarfs durch eine nachhaltige Nutzung erneuerbarer Energien basiert. Mit einer solchen Strategie würden sich auch die Schwellenländer für die notwendige technologische Revolution und für einen stärkeren Kampf gegen den Klimawandel gewinnen lassen. Die ärmsten Staaten (LDC) gilt es dabei zu unterstützen, Armutsbekämpfungsstrategien so zu gestalten, dass die Abhängigkeit von fossilen Energien zurückgeht beziehungsweise gar nicht erst entsteht. Zudem müssen die Emissionen aus der Entwaldung insbesondere der tropischen Wälder zurückgeführt werden -, unter Wahrung der ökologischen Integrität des internationalen Emissionshandels, der Interessen der indigenen Bevölkerung und dem Schutz der Artenvielfalt.

Für die Industriestaaten werden, wie in Kapitel 1 beschrieben, zurzeit Reduktionsziele von 25 bis zu 40 Prozent bis 2020 (gegenüber 1990) in den UN-Klimaverhandlungen diskutiert. Zum einen zeigen die jüngsten alarmierenden

Erkenntnisse der Klimawissenschaft sehr deutlich, dass eine Verminderungsverpflichtung der Industrieländer im oberen Bereich dieser Reduktion liegen muss und diese größtenteils in den Industrieländern selbst erbracht werden muss, um drastische Auswirkungen des Klimawandels noch abzuwenden. Darüber hinaus stehen die Industriestaaten entsprechend ihrer Verantwortung für das Verursachen der Klima-Krise sowie ihrer technologischen und wirtschaftlichen Kapazität in der Pflicht, die Entwicklungs- und Schwellenländern finanziell und technologisch zu unterstützen und dort eine nachhaltige und klimafreundliche Entwicklung zu ermöglichen. Nur so sind die global notwendigen Reduktionsziele zu erreichen.

Summiert man die insgesamt nach verschiedenen Schätzungen zu erwartenden Zusatzkosten von Anpassung und Klimaschutz in Entwicklungsländern, so ergibt sich daraus, dass die Beiträge der Industriestaaten inklusive der offiziellen Entwicklungshilfe mindestens 1 bis 1,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) betragen müssten.

Positionen zur internationalen Klimafinanzierung

1. Zentrale Prinzipien der internationalen Klimafinanzierung sind, wie im Bali-Aktionsplan festgelegt, die Zusätzlichkeit, Verlässlichkeit, Vorhersagbarkeit, Nachhaltigkeit und Angemessenheit der Mittel und des Mittelflusses.
2. Die Aufstockung der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit auf das seit langem versprochene Niveau von 0,7 Prozent des BIP ist dringend notwendig, um die Entwicklungsländer bei der Bewältigung von Herausforderungen zu unterstützen, die insgesamt zur Verringerung der Vulnerabilität der Menschen beitragen. Die Finanzierung der Anpassung an den Klimawandel selbst muss aber zusätzlich zu dem 0,7-Prozent-Ziel geschehen, da es sich hierbei nicht um Hilfen handelt, sondern um Ausgleich für angerichtete Schäden, beziehungsweise die Notwendigkeit, sich an den weitgehend von den Industrieländern verursachten Klimawandel anzupassen.
3. Anpassung und Klimaschutz müssen in Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit integriert werden. Die zusätzlichen Kosten hierfür, müssen gesondert angegeben werden.
4. Im Rahmen der UN-Klimaverhandlungen müssen auf dem Verursacherprinzip basierende Finanzinstrumente eingeführt werden, die Finanzmittel in jährlich dreistelliger Milliardenhöhe (für Anpassung und Emissionsvermeidung) zusätzlich zur Entwicklungsfinanzierung generieren und grundsätzlich nach Maßgabe der Klimarahmenkonvention verwaltet und verteilt werden. Als mögliche Instrumente zur Mittelgenerierung bieten sich Versteigerungserlöse aus nationalen oder



regionalen Emissionshandelssystemen oder ein emissionsbasiertes Abgabesystem innerhalb der Sektoren des internationalen Flug- und Seeverkehrs an. Außerdem ist die Veräußerung von Emissionszertifikaten zur Deckung nationaler Reduktionsziele eine äußerst vielversprechende Option.

5. Zentrale Kriterien für die Mittelvergabe sind Transparenz, Rechenschaftslegung und eine verantwortungsvolle Verwendung der Mittel durch die Empfänger. Finanzinstrumente sollten nicht nur für Staaten zugänglich sein und bei der Anpassung auf die Belange besonderes betroffener Menschen und Gesellschaftsgruppen abgestimmt sein. Die Mittelvergabe für die Anpassung soll grundsätzlich die vollen zusätzlichen Kosten der Anpassung abdecken und auf Basis direkter Förderung und nicht von Krediten erfolgen.
6. Unter dem Dach der UN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC) sollte ein internationaler Mechanismus etabliert werden, der die Versicherung und die Kompensation der vom Klimawandel betroffenen Länder und Menschen für unvermeidbare Schäden regelt.
7. Das Abkommen von Kopenhagen muss zudem einen Mechanismus enthalten, der sicherstellt, dass ein Großteil der in den Entwicklungsländern stattfindenden Minderungsleistung letztlich durch die Industriestaaten finanziert wird – nicht als eine Form der Hilfe, sondern als Instrument, über das die Industriestaaten ihrem fairen Anteil an der globalen Minderungsleistung nachkommen können. Die Finanzierung muss als verbindliche Verpflichtung der Industriestaaten in das Kopenhagen-Abkommen aufgenommen werden.
8. Für den Klimaschutz in Schwellen- und Entwicklungsländern sollten insbesondere Anreizsysteme (ko-) finanziert werden, die eine selbst getragene Entwicklung und Ausbreitung von Klimaschutztechnologien befördern.
9. Der Clean Development Mechanism (CDM), dessen ökologische und entwicklungspolitische Integrität durch Reformen deutlich erhöht werden muss, dient als Markt-

mechanismus rechnerisch zur Verringerung der Emissionen in Industrieländern. Zukünftig sollte der CDM nicht mehr als reiner Offset-Mechanismus dienen, sondern Netto-Emissionsvermeidung bringen.

10. Der Schutz tropischer Wälder und die Verringerung der Entwaldung müssen klimapolitisch eine hohe Priorität haben und entsprechend finanziell unterstützt werden. Allerdings sollten Finanzierungsmechanismen in keinsten Weise die ökologische Integrität des internationalen Emissionshandelssystems beeinträchtigen. Der direkte Einbezug von Waldschutz in den Emissionshandel würde hier hohe Risiken bergen. Die Wahrung der Interessen der indigenen Bevölkerung sowie der Schutz der Artenvielfalt müssen zentrale Leitplanken für Fördersysteme sein.



Zusammenfassung

Für viele VENRO-Mitglieder und ihre Partnerorganisationen im Süden ist der Klimawandel zu einem wichtigen Thema geworden. Die Auswirkungen des Klimawandels treffen die Ärmsten am härtesten, weil sie nicht über geeignete Strategien zur Bewältigung klimabedingter Naturkatastrophen wie Dürren, Überschwemmungen und Stürme verfügen.

Im Rahmen des Katastrophenmanagements kann durch eine effektive Katastrophenvorsorge diesem Problem begegnet werden.

Von den Folgen des Klimawandels sind vor allem diejenigen betroffen, die am wenigsten Verantwortung für die globale Erwärmung tragen. Beim Klimaschutz und der Armutsbekämpfung geht es um die gerechte Teilhabe für alle an den natürlichen Lebensgrundlagen.

Hauptverursacher des Klimawandels sind die Länder des Nordens. Diese müssen deshalb eine Führungsrolle beim Klimaschutz übernehmen. Nach Berechnungen des Weltklimarats müssen die Industrieländer ihre Treibhausgasemissionen bis 2020 um 25 bis 40 Prozent, ausgehend vom Niveau von 1990, verringern. Gleichzeitig müssen sie die Entwicklungs- und Schwellenländer sowohl bei der Emissionsvermeidung als auch bei der Anpassung an den Klimawandel technologisch und finanziell unterstützen. Wirtschaftlich prosperierende Schwellenländer wie China und Indien haben ihre nationalen Emissionen in den letzten Jahren erhöht. Um die globale Erwärmung zu begrenzen, braucht es eine aktive nationale Klimaschutzpolitik und Maßnahmen zur Emissionsvermeidung.

In den Entwicklungsländern führt Armut häufig zu Umweltzerstörung, die wiederum die Armut verschärft. Armut und schlechte Regierungsführung sind die Hauptfaktoren für die Anfälligkeit gegenüber den Folgen des Klimawandels. Die Armen müssen einen verbesserten Zugang zu Gesundheitsvorsorge bekommen und verstärkt an den

politischen Prozessen teilhaben. Klassische Bereiche der Entwicklungspolitik, wie Ernährungssicherung, Friedensförderung und Ressourcenmanagement können wirksame Beiträge leisten, um die Anpassung an den Klimawandel zu unterstützen. Hier haben die VENRO-Mitglieder wertvolle Erfahrungen. Diese sollten ausgebaut werden.

Der Klimawandel verschlechtert die Ertragslage der Landwirtschaft in den Entwicklungsländern. Gleichzeitig zählt aber auch die Landwirtschaft zu den Verursachern des Klimawandels beispielsweise durch die Methan-Emissionen in der Viehzucht oder die ungebremste Entwaldung zum Zwecke der Tierfutter oder Agroenergieproduktion.

Die Länder des Südens sind auf den Zugang zu klimafreundlichen und erschwinglichen Technologien angewiesen, um ihre wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben, ohne ihre Emissionen zu steigern. Aus diesem Grund müssen die Industrieländer verstärkte Technologiekooperationen und –transfers ermöglichen. Deshalb ist eine Veränderung des Patentrechts dringend erforderlich.

Ein zentrales Problem ist die Energiearmut. 1,6 Milliarden Menschen weltweit haben immer noch keinen Zugang zu Strom. Hier ist der Ausbau erneuerbarer Energiequellen zu fördern, die sich am Bedarf der Armutgruppen orientieren und lokale Energiequellen nachhaltig in Wert setzen.

Die Aufstockung der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit auf das seit langem versprochene Niveau von 0,7 Prozent des BIP ist dringend notwendig. Die Finanzierung der Anpassung selbst muss aber zusätzlich zu dem 0,7 Prozent-Ziel erfolgen, da es sich nicht um Hilfen handelt, sondern um einen Ausgleich für Schäden, die hauptsächlich von den Industrienationen verursacht wurden. Zentrale Prinzipien der internationalen Klimafinanzierung sind Zusätzlichkeit, Verlässlichkeit, Vorhersehbarkeit und Angemessenheit der Mittel und des Mittelflusses.

Weiterführende Literatur

APRODEV (2008), Post 2012 Climate Change communication Input from Aprovev, Aprovev, Brussels.

APRODEV (2009), Response to the Communication from the European Commission including Recommendations for the European Council Conclusions, Towards a comprehensive climate change agreement in Copenhagen, APRODEV, Brussels.

Care (2008), Humanitarian Implications of Climate Change, mapping emerging trends and risk hotspots, Care International, Geneva.

Care (2008), Leben am Abgrund, Der Preis des Versagens, Care International UK, London.

CIDSE (2008), Development and Climate Change, Policy Paper, CIDSE, Brussels.

CIDSE, Caritas International (2009), European Commission Communication, towards a comprehensive climate change agreement in Copenhagen, CIDSE-CARITAS Analysis, CIDSE-CARITAS Analysis, CIDSE, Brussels.

Climate Action Network (2007), Action Adaptation, the scale of the challenge and required responses, a position paper by Climate Action Network International, Climate Action Network International, Washington.

Germanwatch (2008), Climate Change Adaption in Poznan: Moving forward on short and longterm Action?, Germanwatch, Bonn.

Germanwatch (2008), Klimazug im "Tal des Todes" zwischen Posen und Kopenhagen, Ergebnisse des UN-Klimagipfels in Polen, Germanwatch, Bonn.

GTZ (2007), Adapting to Climate Change, GTZ, Eschborn.

Justitia et Pax und Misereor (2008), Für eine entwicklungs-gerechte Klimapolitik, Klimaschutz und Armutsbekämpfung dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden!, Erklärung der Deutschen Kommission Justitia et Pax und des Bischöflichen Hilfswerks Misereor, Berlin.

OXFAM (2009), Das Recht zu überleben, Die humanitäre Herausforderung für das einundzwanzigste Jahrhundert, Oxfam, Berlin.

Welthungerhilfe (2009), Welternährung sichern im Klimawandel, in: Journal für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit, Springer-Verlag GmbH, Berlin.

Weltsichten (2008), Klimawandel und Armut, Eine Herausforderung für gerechte Weltpolitik, in: Ein Dossier des Projekts: Klimawandel und Gerechtigkeit. Klimapolitik als Baustein einer gerechten Globalisierung und nachhaltigen Armutsbekämpfung, Weltsichten, Frankfurt.

World Vision International (2007), Policy Position on Climate Change, 2nd Edition, World Vision Australia, Melbourne.

VENRO-Mitglieder

action medeor • ADRA Deutschland • africa action Deutschland- Akademie Klausenhof • Aktion Canchanabury • Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt (ASW) • Andheri-Hilfe Bonn • Arbeiter-Samariter-Bund • Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke (agl) • Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in der Bundesrepublik Deutschland • Arbeitsgemeinschaft Entwicklungsethnologie • Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe • AT-Verband-Verband zur Förderung angepasster sozial- und umweltverträglicher Technologien * • AWO International • Ärzte der Welt e.V. Médecins du Monde Deutschland • Ärzte für die Dritte Welt • Ärzte ohne Grenzen • Bündnis Eine Welt Schleswig Holstein • Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit • Brot für die Welt (BfdW)-Diakonische Arbeitsgemeinschaft evangelischer Kirchen in Deutschland • Bruderschaft Salem GmbH* • Bund der Deutschen Katholischen Jugend • Bundesvereinigung Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung • CARE INTERNATIONAL Deutschland • Casa Alianza Kinderhilfe Guatemala • CCF Kinderhilfswerk • Christliche Initiative Romero • Christoffel-Blindenmission • Das Hunger Projekt • DEAB-Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg • DESWOS Deutsche Entwicklungshilfe für soziales Wohnungs- und Siedlungswesen • Deutsche Kommission Justitia et Pax • Deutsche Lepra- und Tuberkulose-Hilfe • Deutsche Stiftung Weltbevölkerung • Deutscher Caritasverband - Caritas international • Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Gesamtverband • Deutsches Komitee für UNICEF * • Deutsches Komitee Katastrophenvorsorge (DKKV)* • Deutsches Rotes Kreuz * • DGB-Bildungswerk Nord-Süd-Netz • Die Lichtbrücke • Difäm Deutsches Institut für ärztliche Missionen • Dritte-Welt-JournalistInnenNetz • Eine Welt Netz NRW • Eine Welt Netzwerk Hamburg • EIRENE Internationaler Christlicher Friedensdienst • Evangelische Akademien in Deutschland • Evangelischer Entwicklungsdienst • FIAN Deutschland • Gemeinschaft Sant'Egidio • Germanwatch Nord Süd Initiative • Handicap International • HelpAge Deutschland • Hildesheimer Blindenmission* • Hilfswerk der deutschen Lions • humedica • Indienhilfe Herrsching • INKOTA – Ökumenisches Netzwerk • Internationaler Hilfsfonds • Internationaler Ländlicher Entwicklungsdienst (ILD) • Internationaler Verband Westfälischer Kinderdörfer • Islamic Relief Deutschland • Johanniter-Unfallhilfe Johanniter International (JOIN) • Jugend Dritte Welt • KAIROS EUROPA Unterwegs zu einem Europa für Gerechtigkeit • Karl Kübel Stiftung für Kind und Familie v KATE Kontaktstelle für Umwelt und Entwicklung • Kindernothilfe • Lateinamerika-Zentrum • Malteser International • Marie - Schlei - Verein • mterra Stiftung Frau und Gesundheit • Medica mondiale • medico international • Misereor Bischöfliches Hilfswerk • Missionszentrale der Franziskaner* • Nationaler Geistiger Rat der Bahàì in Deutschland • NETZ - Partnerschaft für Entwicklung und Gerechtigkeit • OIKOS Eine Welt • Opportunity International • ORT-Deutschland • Oxfam Deutschland • Ökumenische Initiative Eine Welt (ÖIEW) • Peter-Hesse-Stiftung Solidarität in Partnerschaft für Eine Welt • PLAN INTERNATIONAL DEUTSCHLAND • Rhein-Donau-Stiftung • Rotary Deutschland Gemeindienst* • Samhati Hilfe für Indien* • Save the Children Deutschland* • Südwind Institut für Ökonomie und Ökonomie • Senegalhilfe- Verein • Senior Experten Service • Society for International Development (SID) v Solidaritätsdienst-international (SODI) • Sozial- und Entwicklungshilfe des Kolpingwerkes • Stiftung Entwicklung und Frieden • Stiftung Nord-Süd-Brücken • Susila Dharma – Soziale Dienste • Terra Tech Förderprojekte Dritte Welt • terre des hommes Bundesrepublik Deutschland • Tierärzte ohne Grenzen* Bundesgeschäftsstelle • Transfair - Verein zur Förderung des Fairen Handels mit der „Dritten Welt“ • Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen (VEN) • Verbund Entwicklungspolitischer Nichtregierungs- organisationen Brandenburgs (VENROB) • W. P. Schmitz-Stiftung • Weltfriedensdienst • WELTHAUS Bielefeld • Welthungerhilfe • Weltladen-Dachverband • Weltnotwerk e.V. der KAB Deutschlands • Werkhof • Werkstatt Ökonomie • World University Service (WUS) Deutsches Komitee • WORLD VISION Deutschland • Zukunftsstiftung Entwicklungshilfe bei der GLS Treuhand e.V.

*) Gastmitglieder

Herausgeber

Verband Entwicklungspolitik deutscher
Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO)
Dr. Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201
53113 Bonn
Tel.: 0228/9 46 77-0
Fax: 0228/9 46 77-99
E-Mail: sekretariat@venro.org
Internet: www.venro.org

Redaktion: Anke Kurat (V.i.S.d.P.)

Mitarbeit: Christoph Riese

Endredaktion: Kirsten Prestin

Titelfoto: Ami Vitale/Oxfam

Fotos: fastenopfer.ch; Christa Lachenmaier/LAIF; Boethling/Welt-
hungerhilfe; Hockstein/Care; Vittecoq/Misereor

Satz & Layout: Irmgard Hofmann. www.kava-design.de

Druck: Druckerei Gebr. Molberg GmbH, Bonn

Auflage: 1.000 Stück

Das vorliegende Positionspapier wurde im Rahmen der
VENRO-Arbeitsgruppe Klimawandel erarbeitet.

Bonn, Mai 2009

VENRO ist der Bundesverband entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen (NRO). Ihm gehören mehr als 100 deutsche NRO an, die als Träger der privaten oder kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit, der Nothilfe sowie der entwicklungspolitischen Bildungs-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit tätig sind. Über Landesnetzwerke sind außerdem rund 2.000 lokale entwicklungspolitische Initiativen und NRO vertreten. Der Verband verfolgt das Ziel, den Einsatz der NRO für die Bekämpfung der Armut, die Verwirklichung der Menschenrechte und die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen zu verstärken. VENRO

- vertritt die Interessen der entwicklungspolitischen NRO gegenüber der Politik,
- stärkt die Rolle von NRO und Zivilgesellschaft in der Entwicklungspolitik,
- übernimmt Anwaltschaft für die Interessen der Entwicklungsländer und armer Bevölkerungsgruppen und
- schärft das öffentliche Bewusstsein für entwicklungspolitische Themen.

VENRO – Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V.,
www.venro.org

Geschäftsstelle

Dr. Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201, D-53113 Bonn
Tel.: ++49 (0)228/94677-0
Fax: ++49 (0)228/94677-99
Internet: www.venro.org
E-Mail: sekretariat@venro.org